11 NRW Magazin

www.dbb-nrw.de

November 2026 • 69. Jahrgang

Zeitschrift des
DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde,



© Europäisches Parlament

Roberta Metsola (EVP), Präsidentin des Europäischen Parlaments

im Herzen Ihrer Region nahm das europäische Projekt seinen Anfang.

Die Kohle- und Stahlproduktion, die einst unter der Aufsicht der hiesigen Internationalen Ruhrbehörde stattfand, wurde zu einer tragenden Säule der europäischen Integrationsarchitektur. 80 Jahre später ist aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl die Europäische Union geworden. Und das europäische Projekt ist weit mehr als unsere gemeinsamen Märkte, Werte und unsere Geschichte – es ist eine geopolitische Notwendigkeit.

Heute brauchen wir Europa mehr denn je. Vom Krieg auf unserem Kontinent über wachsende geopolitische Spannungen bis hin zu unfairem wirtschaftlichem Wettbewerb: Die Herausforderungen sind gewaltig und vielfältig. Wir leben in einer Welt der Polykrisen. Kein Land kann diese allein bewältigen. Glücklicherweise müssen wir das in Europa auch nicht. Wir wissen, dass wir stärker sind, wenn wir zusammenstehen.

Gemeinsam können wir die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit steigern und Wohlstand für kommende Generationen sichern, so wie wir es für die Generationen vor uns getan haben. Gemeinsam können wir dieses Wirtschaftswachstum nutzen, um unser einzigartiges europäisches Modell zu erhalten, damit wir weiterhin in Ländern mit wettbewerbsfähigen Märkten, hohem Lebensstandard und starken sozialen Netzen leben können. Gemeinsam können wir unsere Sicherheit gewährleisten und Bedrohungen innerhalb und außerhalb unserer Grenzen bekämpfen.

Im Europäischen Parlament haben wir uns dieser Verantwortung gestellt. Als einzige direkt gewählte Institution der Europäischen Union sind wir uns des in uns gesetzten Vertrauens sehr bewusst. Wir haben das neue europäische politische Mandat im Jahr 2024 im Wissen angetreten, dass die Wirtschaft und die Lebenshaltungskosten für die Wählerinnen und Wähler an oberster Stelle standen. Aus diesem Grund haben wir eine ehrgeizige Wirtschaftsagenda auf den Weg gebracht, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Union zu stärken, Bürokratie abzubauen, den Binnenmarkt zu vertiefen, unsere Industrien zu transformieren und die Energiepreise zu senken. Der Abbau von Barrieren und die Verringerung der Fragmentierung sind gut für große und kleine Unternehmen, die auf dem gesamten Kontinent wachsen und Investitionen anziehen wollen. Dies ist besonders wichtig in Regionen wie dieser, da Nordrhein-Westfalen bis heute einer der führenden Wirtschafts- und Industriemotoren Europas ist. Und die Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus dieser Region wissen das nur zu gut, da sie bei einigen unserer wichtigsten europäischen Gesetzgebungen – von der CO_2-Bepreisung über die KI-Regulierung bis hin zum sozialen Dialog – eine Vorreiterrolle übernommen haben.

Das europäische Modell war noch nie eine Entscheidung zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Fairness. Unsere soziale Marktwirtschaft wurde auf der Überzeugung aufgebaut, dass wir beides brauchen. Gewerkschaften und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben eine wichtige Rolle bei der europäischen Integration gespielt. Auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, die Sozialpartner eng einzubinden, um Gesetze zu schaffen, die den Menschen dienen. Wir haben Gesetze verabschiedet, um Tarifverhandlungen zu stärken und den Zugang zu angemessenen Löhnen zu verbessern – Gesetze, bei denen wiederum ein Mitglied des Europäischen Parlaments aus dieser Region die Arbeit geleitet hat.

Doch während der Weg zur Stärkung unserer Union in Brüssel oder Straßburg beginnen mag, endet er dort selten. Die Arbeit, die auf regionaler und lokaler Ebene – von öffentlichen Verwaltungen wie der Ihren – geleistet wird, ist eine entscheidende Komponente. Demokratie hängt nicht nur von denjenigen ab, die politische Entscheidungen treffen, sondern von denjenigen, die sie jeden einzelnen Tag mit Professionalität, Integrität und Hingabe umsetzen. Unser gemeinsamer Auftrag des öffentlichen Dienstes verbindet uns, während wir daran arbeiten, für die Menschen in jeder Stadt, jeder Gemeinde und jeder Region Ergebnisse zu liefern. Mit jedem Gesetz, das Sie umsetzen, helfen Sie einem Kind, in der Schule besser zu lernen, einem Unternehmen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, einem Arbeitnehmer, seine Rechte besser zu schützen, und einer Familie, jeden Monat ein wenig mehr zu sparen. In der gesamten Geschichte Ihrer Organisation waren Sie maßgeblich daran beteiligt, unsere gemeinsamen europäischen Ideale in die Realität umzusetzen, um das Leben der Menschen zu verbessern.

80 Jahre später können wir sehen, wie weit wir gekommen sind. Das europäische Projekt

2 38,5 Stunden bleiben Thema

Forderung zur Reduzierung der Wochenarbeitszeit



3 Im Dienst der Demokratie

50. Jahre Hochschule für Polizei und Verwaltung



8 80 Jahre Landeshauptstadt

Wie Düsseldorf zum Herzen NRWs wurde



hat gezeigt, dass unser einzigartiges Modell funktioniert. Wir können stolz auf die Fortschritte sein, die wir erzielt haben, während wir gleichzeitig weiter voranschreiten. Unsere Union ist ein Projekt, das sich ständig weiterentwickelt – sie wird von uns allen ebenso geprägt wie von Franz Etzel, Konrad Adenauer und all jenen, die vor und nach ihnen kamen.

Sie alle sind die Brückenbauer, die Nordrhein-Westfalen nach Europa und Europa nach Nordrhein-Westfalen bringen. Lassen Sie uns weiterhin eng zusammenarbeiten, um Europa gemeinsam voranzubringen.

Ihre Roberta Metsola,
Präsidentin des
Europäischen Parlaments

Landespolitik

Anhörung zum Landeshaushalt 2027

Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden bleibt wichtige Forderung

Der Haushaltsentwurf Nordrhein-Westfalens für 2027 umfasst ein Ausgabevolumen von 115,5 Milliarden Euro. Der Anteil der Personalausgaben liegt mit rund 39,9 Prozent etwa auf dem Niveau des Jahres 2026. Nach Auffassung des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion reicht die bisherige Modernisierungsoffensive für den öffentlichen Dienst jedoch nicht aus. Weitere Maßnahmen müssten finanziell nachhaltig abgesichert und die Attraktivität des Landes als Arbeitgeber deutlich verbessert werden.


Auch die Fachgewerkschaften des DBB NRW waren zahlreich bei der Anhörung im Unterausschuss Personal im Landtag vertreten.

© DBB NRW | Christian Kratzsch (2)

Besonders kritisch bewertet der DBB NRW die Entwicklung der unbesetzten Stellen. Während die Haushaltspläne der vergangenen Jahre regelmäßig zwischen 12 800 und 16 000 Leerstellen auswiesen, lag deren tatsächliche Zahl deutlich höher. Für 2026 werden in einer Vorlage an den zuständigen Ausschuss 20 730 unbesetzte Stellen genannt – 6 629 mehr als im Haushaltsplan veranschlagt. Der Landesrechnungshof bezeichnete diese Differenz bereits früher als „Spardose der Landesregierung“. Die dauerhaft nicht besetzten Stellen führen zu erheblichen Minderausgaben im Haushaltsvollzug. Diese Mittel würden jedoch bislang überwiegend zur allgemeinen Haushaltskonsolidierung genutzt, statt in den öffentlichen Dienst zu investieren. Der DBB NRW fordert deshalb, nicht verausgabte Personalmittel für die Modernisierung, eine zeitgemäße Besoldung und Versorgung sowie zur Finanzierung der Ergebnisse der Einkommensrunden einzusetzen. Zusätzlich müsse im Rahmen einer Risikorücklage eine finanzielle Vorsorge für mögliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation geschaffen werden.

Für 2027 stehen im allgemeinen Landeshaushalt knapp drei Milliarden Euro zur Verstärkung der Personalausgaben bereit. Der DBB NRW verlangt eine transparente Darstellung, wofür diese Mittel eingesetzt werden. Notwendig seien unter anderem eine umfassende Reform des Laufbahnrechts, höhere und wettbewerbsfähige Eingangsämter, eine Überarbeitung der Erfahrungsstufen sowie bessere berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. Modernisierung ist eine langfristige Investition und nicht zum Nulltarif zu haben.



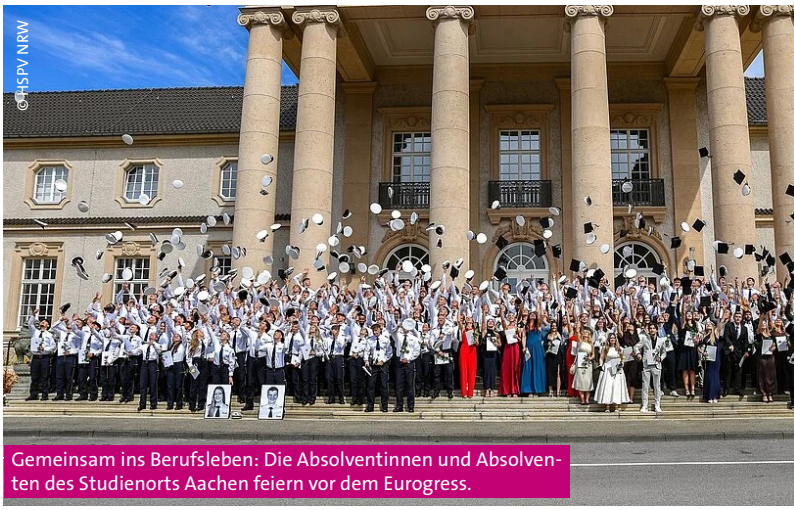
Die Sachverständigen des DBB NRW im Fraktionssaal der SPD.

Auch bei der Arbeitszeit sieht der DBB NRW weiterhin Handlungsbedarf. Die regelmäßige Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten müsse auf 38,5 Stunden reduziert werden. Zudem solle die im Koalitionsvertrag vorgesehene bessere Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie durch eine zeitnahe Übertragung des entsprechenden Bundesrechts umgesetzt werden.

Große Sorge bereitet dem DBB NRW außerdem die Zukunft der Altersversorgung. Seit 2024 seien keine regulären Zuführungen mehr zum Pensionsfonds vorgesehen. Damit werde das ursprüngliche Ziel gefährdet, langfristig einen Deckungsgrad von 70 Prozent der Versorgungskosten zu erreichen. Der DBB NRW lehnt eine Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung ab, da Besoldung und Versorgung ein eigenständiges, verfassungsrechtlich geschütztes Gesamtsystem bildeten. Als Alternative schlägt der DBB NRW weiterhin sein „Pensionsausgabensicherungssystem“ (PASS) vor. Finanziert werden soll es unter anderem durch bereits geleistete Eigenbeiträge der Beamten, Einsparungen bei der Versorgung sowie zweckgebundene Mittel aus den unbesetzten Stellen. Zugleich müsse öffentlich stärker anerkannt werden, dass die Beamtenschaft bereits in erheblichem Umfang zur Sanierung des Landeshaushalts beiträgt. *MM*

50 Jahre HSPV NRW

Fünf Jahrzehnte im Dienst der Demokratie



Gemeinsam ins Berufsleben: Die Absolventinnen und Absolventen des Studienorts Aachen feiern vor dem Eurogress.

Wer heute die Zukunft des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen verstehen will, kommt an einer Institution nicht vorbei: der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW. Mit rund 14 000 Studierenden ist sie die größte interne Hochschule Deutschlands und bildet seit nunmehr fünf Jahrzehnten das administrative und sicherheitspolitische Rückgrat unseres Bundeslandes. Seit ihrer Gründung im Jahr 1976 hat sich die Hochschule von einer spezialisierten Ausbildungseinrichtung zu einer hochinnovativen, dezentralen Bildungsschmiede entwickelt, die Wissenschaftlichkeit und gelebte Berufspraxis auf einzigartige Weise miteinander verzahnt.



Feierliche Grundsteinlegung des neuen Campus Herne der HSPV NRW im April 2025.

Die Geburtsstunde der heutigen HSPV NRW schlug mitten in einer Ära des gesellschaftlichen Umbruchs. Im Jahr 1976 unter dem Namen „Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV NRW)“ ins Leben gerufen, stand ein klares, visionäres Ziel im Vordergrund: Die Ausbildung für den gehobenen nichttechnischen Dienst sollte grundlegend akademisiert und professionalisiert werden. Statt starrer Behördenroutine rückte eine anwendungsbezogene, wissenschaftlich fundierte Lehre ins Zentrum. Unter der Schirmherrschaft des Innenministeriums wurde ein duales Erfolgsmodell etabliert, welches bis heute Bestand hat. Während die Fäden in der zentralen Verwaltung in Gelsenkirchen zusammenlaufen, studieren die angehenden Beamtinnen und Beamten dezentral an Standorten im ganzen Land – von Köln und Duisburg über Dortmund bis nach Münster und Bielefeld. Diese regionale Verwurzelung sichert von jeher die kurze Leitung zu den Kommunen, Behörden und Polizeipräsidien vor Ort.

Ein historischer Meilenstein markierte das Jahr 2020. Da die Polizeianwärterinnen und -anwärter über die Jahre zur zahlenmäßig größten Studierendengruppe herangewachsen waren, wurde die Hochschule offiziell umbenannt. Der neue Name macht die gelebte Realität sichtbar und stellt die Polizei gleichberechtigt neben die allgemeine Verwaltung.

Das Fundament der akademischen Exzellenz ruht stabil auf drei großen fachlichen Säulen. Der Fachbereich Polizeivollzugsdienst bereitet den polizeilichen Nachwuchs auf die immensen Herausforderungen eines modernen, oft konfliktbeladenen Dienstalltags vor. Neben harten juristischen Kernkompetenzen im Straf- und Eingriffsrecht oder der Kriminalistik liegt ein besonderes Augenmerk auf den Sozialwissenschaften. Psychologie, Soziologie und Politologie schärfen die interkulturelle Kompetenz und die Deeskalationsfähigkeit der angehenden Kommissarinnen und Kommissare.

Junge Menschen beim Start in ihr Berufsleben.



Die zweite tragende Säule ist der Fachbereich Allgemeine Verwaltung, die klassische Wiege der Verwaltungsexperten. Hier werden die Allrounder für Städte, Gemeinden, Kreise und die Landesverwaltung geformt. Ob im rechtswissenschaftlichen Schwerpunkt des LL. B. oder im wirtschaftswissenschaftlich geprägten B. A.: Die Studierenden lernen, komplexe rechtliche Verfahren rechtssicher zu steuern, kommunale Budgets nachhaltig zu verwalten und die digitale Transformation in den Behörden federführend mitzugestalten.

Die dritte, oft unterschätzte, aber für den sozialen Frieden essenzielle Säule bildet der Fachbereich Sozialverwaltung. Die Nachwuchskräfte, die später bei der Deutschen Rentenversicherung, in Jobcentern oder Sozialämtern tätig sind, bewegen sich an der sensiblen Schnittstelle von Recht, Wirtschaft und sozialer Sicherung. Ihr Studium ist geprägt von tiefer Expertise im Renten-, Kranken- und Sozialversicherungsrecht. Neben juristischer Präzision wird hier ein hohes Maß an Empathie vermittelt, da die Absolventen täglich über existenzsichernde Leistungen entscheiden.

In den letzten Jahren hat die HSPV NRW ihr Profil vor allem in der Werteorientierung und der Spitzenforschung geschärft. Mit der Gründung des Instituts für Geschichte und Ethik im Jahr 2017 wurde die demokratische Festigung fest im Curriculum verankert. Das Bewusstsein für historische Verantwortung und die Stärkung der demokratischen Resilienz sind heute ebenso Teil der DNA wie die Erforschung künstlicher Intelligenz in der Verwaltung oder sozialwissenschaftliche Studien zum Wandel des Arbeitsplatzes im öffentlichen Sektor. Ein zentraler und historischer Neubau für die Hochschule steht vor seiner Vollendung. Im April 2025 erfolgte die feierliche Grundsteinlegung für den neuen Zentralcampus in Herne. Bei dieser Zeremonie wurde unter anderem ein symbolisches Stück des alten Baugrunds aus Gelsenkirchen in eine Zeitkapsel eingemauert. Der dortige Neubau soll ab Ende 2027 die bisherigen Studienorte Gelsenkirchen, Dortmund und Hagen bündeln.

Nach 50 Jahren präsentiert sich die HSPV NRW als krisenfeste, zukunftsorientierte Institution mit modernen Studienbedingungen, die den Staat von morgen sicher aufstellt.

MM

Fast 4 000 künftige Lehrerinnen und Lehrer

Vorbereitungsdienst mit Rekord gestartet


Rund 200 neue Lehramtsanwärterinnen und -anwärter legten ihren Eid in der historischen Schützenhalle zu Lüdenscheid ab.
© Land NRW | Mark Hermenau

In der Historischen Schützenhalle Lüdenscheid begrüßten am 21. Oktober 2026 Ministerpräsident Hendrik Wüst und Schulministerin Dorothee Feller rund 200 Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter (LAA). Beide waren beim Diensteid dabei, den die künftigen Lehrkräfte zu Beginn ihres Vorbereitungsdienstes ablegen. Mit ihrer Teilnahme zollen der Ministerpräsident und die Ministerin allen fast 4 000 in Nordrhein-Westfalen startenden angehenden Lehrkräften Anerkennung und Wertschätzung. Diese Zahl ist der Höchstwert der vergangenen Jahre – und sie bestätigt den generellen Trend, dass sich im Land immer mehr junge Menschen dafür entscheiden, Lehrerin oder Lehrer zu werden. Im vergangenen November traten rund 3 500 LAA ihren Vorbereitungsdienst an. Insbesondere im Lehramt Grundschule steigen die LAA-Zahlen seit Jahren deutlich an. Waren es im Jahr 2022 noch landesweit 600 Dienstantritte, hat sich die Zahl nunmehr auf fast 800 erhöht. Generell hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren viele Maßnahmen umgesetzt und eingeleitet, um deutlich mehr Personal an die Schulen zu bringen. So hat das Land mehr als 30 000 Menschen dauerhaft in den Schuldienst neu eingestellt, darunter rund 25 000 Lehrkräfte. Heute arbeiten 12 600 Menschen mehr an den Schulen in NRW als noch vor vier Jahren.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Kinder und Jugendliche haben für uns in Nordrhein-Westfalen oberste Priorität. Jedes Kind soll seine Talente entfalten und seinen eigenen Weg gehen können – unabhängig von seiner Herkunft oder den Möglichkeiten seiner Eltern. Dafür tragen wir gemeinsam Verantwortung. Gute Bildung eröffnet Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben und ist eine unverzichtbare Grundlage für eine starke Demokratie. Dafür brauchen wir engagierte und gut ausgebildete Lehrkräfte. Sie vermitteln Wissen, fördern kritisches Denken und machen unsere Schulen zu Orten, an denen junge Menschen Demokratie erleben. Jede zusätzliche Lehrerin und jeder zusätzliche Lehrer stärkt die Zukunftschancen unserer Kinder. Mit ihrem Diensteid bekennen sich die angehenden Lehrkräfte zu unserer Verfassung und übernehmen eine besondere Verantwortung: Unsere Gesellschaft vertraut Ihnen das Wertvollste an, das sie hat – ihre Kinder und ihre Zukunft. Dafür danke ich Ihnen von Herzen. Wir brauchen Ihren Einsatz und Ihre Freude daran, junge Menschen stark zu machen. Herzlich willkommen im Team Nordrhein-Westfalen!“

Auch der Vorbereitungsdienst wird ständig weiterentwickelt. Bereits Anfang des Jahres wurde er modernisiert: Unterrichtsbesuche werden stärker als Lern- und Entwicklungsinstrument ausgestaltet. Einheitliche Rückmeldeformate sorgen künftig für mehr Transparenz und Vergleichbarkeit. Gleichzeitig werden die schriftlichen Vorbereitungen schlanker und stärker auf die Anforderungen des Schulalltags ausgerichtet.

Der Vorbereitungsdienst findet in Nordrhein-Westfalen an 33 Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung (ZfsL) mit 106 lehramtsbezogenen Seminaren statt. Er verbindet umfassende Lern- und Unterrichtselemente mit Praxisphasen in einer Ausbildungsschule. Zweimal im Jahr werden jeweils 3 000 bis 4 000 neue LAA eingestellt – immer am 1. Mai und am 1. November eines Jahres. Die Bewerbungsverfahren werden über das Internetportal Sevon (Seminareinweisungsverfahren online) abgewickelt. Das nächste Verfahren für den 1. Mai 2027 beginnt am 4. November. Die Bewerberinnen und Bewerber können ihre Anträge digital stellen, Ortswünsche angeben und Unterlagen hochladen. *MM*

Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf

„Düsseldorf 1941. Jahr der Eskalation“

Die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf zeigt seit dem 3. November 2026 ihre neue Sonderausstellung „Düsseldorf 1941. Jahr der Eskalation“. Im Fokus der Schau stehen die Zuspitzung nationalsozialistischer Verfolgung und die Zusammenhänge zwischen dem Weltkrieg, der „Heimatfront“ und dem Beginn des Holocaust. Aufgeteilt in die vier Blöcke „Frühjahr“, „Sommer“, „Herbst“ und „Winter“ wird aufgezeigt, wie das Jahr 1941 den drastischen Übergang von der Verfolgung zur systematischen Vernichtung markierte. Illustrationen der Krefelder Gestalterin und Künstlerin Elke Thesing leiten die vier großen Themenblöcke ein.

Wie sah die Verschärfung der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik in Düsseldorf 1941 konkret aus? Wieso hingen die Morde an psychisch Kranken und Menschen mit Behinderungen und der Beginn des Holocaust im Jahre 1941 voneinander ab? Warum begann im Oktober die Deportation der jü-

dischen Bevölkerung? Wie zeigte sich der Krieg, der im Sommer in den Osten Europas getragen worden war, im Winter in der Stadt? All diesen Fragen geht die Ausstellung nach und dokumentiert die Zusammenhänge und Widersprüche des dritten Kriegsjahres 1941.

Die Besetzung des Balkans und Griechenlands (April), der Angriff auf die Sowjetunion (Juni) und der Eintritt der USA in den Krieg (Dezember) waren einschneidende Ereignisse des Jahres 1941. Die Entscheidung der NS-Führung für die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden war eng mit diesem Kriegsverlauf verknüpft. Es entfaltete sich eine Dynamik des Tötens. Und Düsseldorf war Teil dieses Geschehens. Die Inszenierung einer geschlossenen „Volksgemeinschaft“ wurde aufrechterhalten, während die Stadt zum



Rundgang zur neuen Sonderausstellung „Düsseldorf 1941. Jahr der Eskalation.“: (V. l.) Kurator und Institutsleiter Dr. Bastian Fleermann, Künstlerin Elke Thesing, die Kuratorinnen Hildegard Jakobs und Dr. Frederike Krenz sowie der Gestalter Thomas Ullrich.

Schauplatz der Planung und Durchführung von Massenverbrechen wurde. Das Jahr 1941 wurde so zu einer Wegmarke: von einer gespielten Normalität des „Dritten Reiches“ in den Abgrund der Katastrophe.

Die Ausstellung, die bis zum 28. August 2027 zu sehen sein wird, wurde kuratiert von Dr. Bastian Fleermann, Leiter der Mahn- und Gedenkstätte, Hildegard Jakobs, stellvertretende Leiterin, und Dr. Frederike Krenz, wissenschaftliche Mitarbeiterin. Der Besuch der Ausstellung ist kostenfrei, barrierefrei und zu den regulären Öffnungszeiten der Mahn- und Gedenkstätte, Mühlenstraße 29, möglich: dienstags bis freitags von 11 bis 17 Uhr, samstags von 13 bis 17 Uhr sowie sonntags von 11 bis 17 Uhr.

Hinweis: Der Besuch der Ausstellung wird Personen unter 16 Jahren nicht empfohlen!

MM

Mobilität

Infrastrukturplanung seit 2013

Neue Stadtbahnverbindung zum Flughafen DUS in Betrieb genommen

Die neue Stadtbahnverbindung zum Düsseldorfer Flughafen ist eröffnet: Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller, Dr. Claudia Elif Stutz, Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, und Hendrik Wüst, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, nahmen am Freitag, 4. September 2026, gemeinsam den ersten Bauabschnitt der U81 in Betrieb.

Mit dem neuen, 1,9 Kilometer langen Streckenabschnitt vom Freiligrathplatz zum Flughafenterminal erhält der Düsseldorfer Flughafen erstmals eine direkte Anbindung an das Stadtbahnnetz. Die U80 verbindet das Flughafenterminal direkt mit der Düsseldorfer Innenstadt. Die U81 sorgt an Messetagen auf direktem Wege für eine schnelle Verbindung zwischen „Flughafen Terminal“ und „Merkur Spiel-Arena/Messe Nord“.

Dem Baubeginn im Oktober 2019 gingen umfangreiche Planungen und Genehmigungsverfahren voraus. Die Projektvorbereitungen starteten bereits im September 2011. Auf den Bedarfsbeschluss 2013 und den Variantenbeschluss 2014 folgte von 2015 bis 2019 das Planfeststellungsverfahren. Der neu gebaute, 1,9 Kilometer lange Streckenabschnitt führt vom Freiligrathplatz zum Flughafenterminal. Mit dem U-Bahnhof Flughafen Terminal wurde eine neue Haltestelle geschaffen. Zu den technisch anspruchsvollsten Elementen gehören die 441 Meter lange Brücke über den Nordstern, mehrere Rampen- und Ingenieurbauwerke sowie der rund 400 Meter lange Tunnel einschließlich des neuen U-Bahnhofs.

Perspektivisch sollen die Linien bis zum Flughafenfernbahnhof verlängert werden und einen Übergang zum Nah- und Fernverkehr der Deutschen Bahn u. a. ermöglichen und den bisherigen Skytrain ersetzen.

MM



Vertreter von Stadt und Land bei der feierlichen Eröffnung der neuen U-Bahn-Linie zum Düsseldorfer Flughafen.

NRW-Treff 2026 des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion





















Bilder: Dirk Borm [26]

Netzwerkveranstaltung im Medienhafen Düsseldorf am 14. Oktober 2026

DBB NRW
Beamtenbund
und Tarifunion

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staude (1. Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.

Chefredaktion: Marcus Michel

Redaktion: Roland Staude, Christian Kratzsch, Hans-Joachim Klein

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Dorr, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 48, gültig ab 1.1.2026. **Ständige Beilage: dbb magazin.**

ISSN 1438-2989

DBB SV Düsseldorf mit Veranstaltung zum 80. NRW-Geburtstag

Düsseldorf feiert 80 Jahre als NRW-Landeshauptstadt

Warum wurde Düsseldorf die Landeshauptstadt des bevölkerungsreichsten Bundeslandes der jungen BRD? Auf diese und weitere Fragen ging der Gastredner Dr. Guido Hitze in einem sehr interessanten und lebendigen Vortrag ein. Lars Smuda, Vorsitzender des DBB Stadtverbandes Düsseldorf, freute sich, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer – darunter auch den Beigeordneten der Landeshauptstadt, Olaf Wagner – am 30. Oktober 2026 zu der Veranstaltung in der DBB NRW Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf begrüßen zu können. Smuda eröffnete die Veranstaltung „Düsseldorf feiert 80 Jahre als Landeshauptstadt von Nordrhein-Westfalen". 80 Jahre, das sei ein stolzes Alter, wobei man dies der Stadt nicht wirklich ansehe, so Smuda. „Und wahrscheinlich würde Düsseldorf selbst sagen: 80 Jahre Landeshauptstadt – das ist kein Alter, das ist Erfahrung."

Eine Stadt lebe von den Menschen, die sie jeden Tag gestalten. Denn wenn über einen funktionierenden Staat gesprochen werde, werde manchmal vergessen, wer diesen Staat eigentlich jeden Tag „am Laufen hält". Lars Smuda: „Es sind die Kolleginnen und Kollegen in den Verwaltungen. Es sind Beschäftigte bei Feuerwehr und Rettungsdiensten, in Schulen, bei Polizei und Justiz, in sozialen Einrichtungen, in technischen Bereichen und in vielen weiteren Diensten. Kurz gesagt: Der öffentliche Dienst ist dort, wo das Leben stattfindet."

Denn auch nach 80 Jahren gilt: Eine Landeshauptstadt kann noch so modern sein – ohne die Menschen, die morgens ihre Bürotüren öffnen, Fahrzeuge besetzen, Kinder unterrichten, Anträge bearbeiten, Sicherheit gewährleisten oder Bürgerinnen und Bürger beraten, funktioniert sie nicht. Und genau deshalb gehört für den DBB Stadtverband zu diesem Jubiläum nicht nur der Blick zurück. Sondern: Wie soll unsere Landeshauptstadt in den kommenden Jahrzehnten aussehen? Wie begegnen wir dem Fachkräftemangel? Und wie erhalten wir das Vertrauen der Menschen in unsere staatlichen und kommunalen Institutionen? Diese und viele weitere Fragen können Politik, Verwaltung und Gewerkschaften nur gemeinsam beantworten. Deshalb hatte der DBB Düsseldorf Vertreterinnen und Vertreter dieser unterschiedlichen Bereiche zu der Veranstaltung eingeladen. Darunter auch die SPD-Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Rat, Sabrina Proschmann.

Danach hielt der Historiker und Politologe sowie Leiter des Instituts für Landeszeitgeschichte Nordrhein-Westfalen an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Dr. Guido Hitze, seine Rede zu „80 Jahre Landeshauptstadt" und lüftete letztlich das Geheimnis, warum Düsseldorf ausgewählt worden ist. Danach sei das ausschlaggebende Argument gegenüber Köln und Münster die Zerstörung der Innenstädte 1945 gewesen. Gegenüber Köln (95 Prozent der Innenstadt waren zerstört) ist Düsseldorf „nur" zu 60 Prozent zerstört gewesen.

Im Anschluss wurde dann diskutiert und nicht nur über die Vergangenheit, sondern auch über Gegenwart und Zukunft von Düsseldorf gesprochen. *JK*



© DBB NRW | SV Düsseldorf

Veranstaltungsteilnehmer zur Jubiläumsveranstaltung 80 Jahre Düsseldorf als Landeshauptstadt von NRW.